

Kalifornische Preise

Der weitaus größte Rüstungsauftrag, den das Bonner Verteidigungsministerium zu vergeben hatte — die Lieferung von 300 Abfangjägern für die Luftwaffe zum Preise von rund anderthalb Milliarden Mark —, wird voraussichtlich im Haushaltsausschuß und eventuell auch im Verteidigungsausschuß des Bundestags noch einmal debattiert werden müssen, obgleich der Verteidigungsausschuß eigentlich schon über den Ankauf der Abfangjäger entschieden hat.

Der Stellvertretende Vorsitzende dieses Ausschusses, der SPD-Abgeordnete Merten, hielt es jedenfalls für angebracht, vom Verteidigungsministerium erschöpfende Auskunft über den gegenwärtigen Stand des schon gebilligten Jägerkaufs zu verlangen. Strauß ignorierte zwar die Aufforderung, wird jedoch mit diesem simplen Verfahren auf die Dauer kaum Erfolg haben. Inzwischen können sich nämlich auch etliche Ausschuß-Mitglieder der CDU/CSU des Gefühls nicht mehr erwehren, in Sachen Jägerkauf vom Verteidigungsministerium regelrecht überfahren und genasführt worden zu sein.

Das Tauziehen um den Riesenauftrag füllte zum ersten Male im letzten Herbst die Spalten der deutschen Presse, als nach langwieriger Vor-Auswahl nur noch drei Konkurrenten im Rennen lagen:

- ▷ die französische Firma Dassault mit ihrer „Mirage III A“,
- ▷ die amerikanische Firma Grumman mit ihrem „Super-Tiger“ und
- ▷ die amerikanische Firma Lockheed mit ihrem Typ F 104-„Starfighter“.

Schon damals bewiesen der Verteidigungsminister und seine Luftwaffengenerale eine ausgeprägte Vorliebe für den Starfighter der Firma Lockheed, was sie beispielsweise veranlaßte, die Mitteilung herauszugeben, der Starfighter sei „mit 50 Flugzeugen in etwa 5000 Flügen und rund 4000 Flugstunden von deutschen Erprobungsteams geprüft worden“.

Gerade noch rechtzeitig wurde bemerkt, daß die Unrichtigkeit dieser Meldung anhand von Kopfstärke und Aufenthaltsdauer der deutschen Erprobungsteams nachzuweisen war, weshalb die Empfänger der Meldung eilends gebeten wurden, die Worte „von deutschen Erprobungsteams“ zu streichen. Es handle sich um einen Druckfehler, hieß es zur Erklärung.

In diesem sonderbaren Stil ging es weiter: Am 5. und 6. November beriet der Verteidigungsausschuß über den Kauf des Abfangjägers, doch schon am Nachmittag des 5. November meldete die Deutsche Presse-Agentur (dpa), wie der Ausschuß am nächsten Tag entscheiden werde: für den Starfighter.

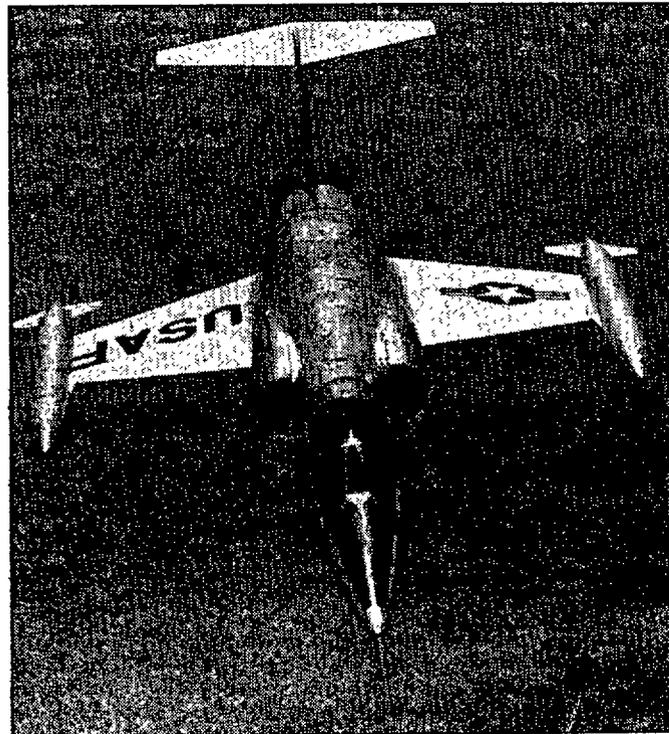
Tatsächlich entschied der Ausschuß dann einstimmig so, wie dpa prophezeit hatte: Er erhob „keine Bedenken gegen die Beschaffung des Flugzeugtyps F 104 (Lockheed „Starfighter“) vorbehaltlich einer befriedigenden Lösung der preislichen und lizenzrechtlichen Fragen“.

Zu diesem Beschluß wurden die Abgeordneten vornehmlich durch die Darlegungen des Luftwaffeninspektors General Kammhuber bewegt, der den Parlamentariern ein Starfighter-Modell skizzierte, das — was freilich erst jetzt allmählich offenbar wird — kaum noch entfernte Ähnlichkeit mit dem Flugzeug hatte, das bei Lockheed in Kalifornien unter diesem Namen gebaut wird.

Der Luftwaffenchef sprach von einer Maschine, die

- ▷ für Start und Landung eine Betonpiste von erheblich unter 1000 Metern Länge benötigt (das Normalmodell braucht 1500 Meter);
- ▷ mit einem Schleudersitz ausgerüstet ist, der den Piloten bei Gefahr nach oben ausschleudert (der Schleudersitz des Normalmodells katapultiert den Piloten nach unten aus der Maschine, was etliche Piloten, die bei mißratenen Start- und Landemanövern auf den Notknopf drückten, das Leben kostete);
- ▷ eine Elektronik (Radar-Leit- und Ziel-einrichtung) besitzt, die für deutsche Verhältnisse ideal und überhaupt unübertroffen sei.

Der Ausschuß entnahm diesen Ausführungen, daß die Anpassung des Starfighters an die westdeutschen Gegeben-



Lockheed Starfighter: Immer teurer

heiten mit der Firma Lockheed bereits abgeklärt sei und keine Mehrkosten verursachen werde. Unter dieser Voraussetzung stimmte er zu — und mußte wenig später erkennen, daß er sich getäuscht hatte.

Als nämlich das Verteidigungsministerium Ende November eine Verhandlungsdelegation zu Lockheed nach Amerika entsandte, mußte es wohl oder übel zugeben, daß die Abgesandten nicht über Preise und Lizenzrechte verhandeln, sondern erst einmal die notwendigen Umkonstruktionen mit den Lockheed-Ingenieuren beraten sollten.

Der Leiter der Delegation, Regierungsbaurat Deunert, stellte auf Anhieb fest, daß die von Kammhuber so gepriesene Elektronik der Maschine etlicher Änderungen bedürfe, und der Deunert daraufhin nachgeschickte Leiter der Abteilung „Luftwaffengerät“ im Koblenzer Beschaffungamt, Heinrich Sellschopp, meldete abschließend, daß insgesamt 90 Konstruktionsänderungen notwendig seien, um die Maschine für die westdeutsche Luftwaffe brauchbar zu machen.

Lockheed errechnete schnell, daß diese Konstruktionsänderungen etwa 100 Millionen Mark kosten würden, wodurch der ursprünglich auf 4,5 Millionen Mark bezifferte Stückpreis bei einer Bestellung

von 300 Stück auf rund fünf Millionen Mark anstieg.

Auch sonst hatte das Verteidigungsministerium mit den Preisen kein Glück. Es war schon ungewöhnlich genug, den Zuschlag zu erteilen, ehe Preise und Lizenzgebühren ausgehandelt waren; noch ungewöhnlicher war der Versuch, durch eine offizielle Mitteilung des Ministeriums — es bleibe bei der Starfighter-Entscheidung, „wenn Lockheed günstige Preis- und Lizenzbedingungen bietet“ — den Preis zu quetschen. Die Lockheed-Konkurrenten gingen denn auch zunächst auf diese unverblühte Aufforderung, sich als Preisdrücker zu betätigen, nicht ein, sondern ließen die Ermekeil-Kaserne auf der recht gewaltsam herbeigeführten Starfighter-Entscheidung sitzen.

Die Quittung bekam Beschaffer Sellschopp, der auch den Auftrag hatte, die Lizenzbedingungen auszuhandeln. Obschon er die Verhandlungen mit einer sehr großzügigen Offerte eröffnete — drei Prozent Lizenzgebühr für jede in Deutschland nachgebaute Maschine (üblich sind im Waffengeschäft ein bis zwei Prozent) —, holte er sich eine Abfuhr. In der angenehmen Sicherheit, den Auftrag doch zu bekommen, verlangte Lockheed ungehört zehn Prozent — rund eine halbe Million Mark je Maschine.

Dank dieser Lizenzgebührenforderung und den erheblichen Kosten der Umkonstruktion wird der Preis des Starfighters, der dem Verteidigungsausschuß mit 4,5 Millionen Mark genannt worden war, um insgesamt mindestens eine Million Mark steigen.

Als die Nachrichten über diese Verteuerung des Starfighters in Bonn allmählich aus der Ermekeil-Kaserne herausklickerten und die Haushaltshüter des Bundestags angesichts der Riesensummen — soweit die Maschine in Deutschland nachgebaut wird, soll sie sogar über sechs Millionen Mark je Stück kosten — hellhörig wurden, hielt es die Lockheed-Konkurrenz doch für geraten, mit neuen Preisangeboten abermals in den Kampf um den Mammut-Auftrag zu ziehen.

Die französische Firma Dassault, die den Typ „Mirage III A“ offeriert, verstand es; in der deutschen Tagespresse Schlagzeilen zu machen: Das französische Himmelswunder, so berichtete die „Welt“, werde für den Spottpreis von 2,6 Millionen Mark zu kaufen sein.

Ob dieses Propaganda-Angebot den gewünschten Effekt erzielt, ist allerdings mehr als zweifelhaft; denn ohne eine offizielle Anforderung neuer Angebote durch das Verteidigungsministerium ist es wertlos.

Das scheinen allerdings auch die Franzosen zu wissen; sie wollen jedoch wenigstens verhindern, daß amerikanische Maschinen von der deutschen Flugzeugindustrie in Lizenz nachgebaut werden, weil dadurch die deutsche Flugzeugindustrie auf lange Zeit an die Industrie jenseits des Atlantischen Ozeans gebunden und damit einer europäischen Zusammenarbeit entzogen wäre.